

LETZTE HOFFNUNG BELÉM?

„FDCL-Briefing 1“
zur brasilianischen Umwelt- und
Klimapolitik

Thomas Fatheuer

Herausgegeben von:

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL
Gneisenaustraße 2a, D -10961 Berlin, Germany
Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: info@fdcl.org
Internet: www.fdcl.org



Zentrum für Klimaresilienz (ZfK) der Universität Augsburg
Universitätstraße 12, 86159 Augsburg
Fon: +49 821 598-4802 | E-Mail: info@ccr.uni-augsburg.de
Internet: <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/zentrum-fur-klimaresilienz/>



Autor: Thomas Fatheuer
Redaktion/Lektorat: Jan Dunkhorst (FDCL)
Titelbild/Fotos: 17.06.2023 – Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva bei der Ankündigung, dass die COP 30 im Jahr 2025 in Belém stattfinden wird.
Foto: [Ricardo Stuckert/PR – Palácio do Planalto, CC BY 2.0 Deed /Attribution 2.0 Generic](#)
Layout: Ingrid Navarrete | www.ingrid-navarrete.de
Druck: Hinkelsteindruck, 10997 Berlin
Redaktionsschluss: 15.03.2024

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und mit freundlicher Unterstützung der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) Berlin. Der Inhalt der Veröffentlichung liegt in der Verantwortung der Autor*innen und gibt nicht notwendig die Position der Herausgeber:innen wieder; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH noch der LEZ Berlin wieder.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Diese Broschüre ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).



© FDCL-Verlag Berlin, 2024 | ISBN: 978-3-949237-10-2

INHALT

Einleitung	4
1. Entwaldung und brasilianische Klimaziele	5
1.1. Entwaldung in Amazonien deutlich reduziert – aber Anstieg im Cerrado	5
1.2. Reform der brasilianischen Klimaziele (NDCs)	6
2. Umwelt- und Klimapolitik in Brasilien: Personelle und institutionelle Änderungen	7
2.1. Marina Silva als Umweltministerin	7
2.2. Das neue Klimasekretariat	7
2.3. Schaffung des Ministeriums der Indigenen Völker	7
2.4. Wiederbelebung des Amazonasfonds	8
3. Neue Versionen der Programme zur Reduzierung von Entwaldung	9
3.1. PPCDAm	9
3.2. PPCerrado	9
4. Widersprüche in der brasilianischen Klimapolitik	11
4.1. Öl und Gas	11
4.2. CO2-Handel	12
5. Schlussbemerkung	13



EINLEITUNG

Die Klimakonferenzen der letzten Jahre waren eher frustrierende Veranstaltungen. Kaum Fortschritte, ein wachsender Einfluss der fossilen Lobby. Es scheint, dass der Klimawandel stärker voranschreitet als seine Bekämpfung. Auch die Tendenz, Klimaverhandlungen in autoritär regierten Ölstaaten zu veranstalten, trägt nicht zu Ermutigung bei.

Und zudem droht die globale Umweltkrise in der allgemeinen Aufmerksamkeitskonkurrenz an Boden zu verlieren. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten sowie das Erstarken rechtsradikaler Tendenzen in Europa drängen die Klimaagenda in den Hintergrund. In Deutschland kommt eine restriktive Haushaltspolitik hinzu, die den Spielraum für Klimapolitik bedenklich einschränkt.

In dieser Situation wird Belém zu einem Ort der Hoffnung. In der brasilianischen Amazonasmetropole wird im November 2025 die COP 30 der Klimakonvention stattfinden. Die Wahl des Ortes ist ein politisches Signal und hat großen symbolischen Wert. Amazonien und die tropischen Regenwälder der Welt spielen eine zentrale Rolle in der internationalen Klimapolitik, denn Entwaldung ist ein wichtiger Treiber sowohl der Klimakrise als auch des Biodiversitätsverlustes und bedroht den Lebensraum indigener Völker und traditionellen Gemeinschaften. Und zum ersten Mal wird eine Klima-COP in dieser Region stattfinden.

Es war der brasilianische Präsident, Luiz Inácio Lula da Silva, der sich aktiv dafür eingesetzt hat, das Land zum Gastgeber der COP 30 zu bestimmen. An den Amtsantritt von Lula am 1.1.2023 haben sich enorme internationale Hoffnungen geknüpft. Nicht nur löste er den bekennenden Klimaleugner und rechtsradikalen Bolsonaro ab, er konnte auch auf eindrucksvolle Erfolge in der Reduzierung von Entwaldung in seinen vorangegangen Regierungszeiten (2003 – 2010) verweisen. Und der Erfolg der brasilianischen Klimapolitik hängt fast ausschließlich von der Reduzierung der Emissionen durch Entwaldung ab.

Vor diesem Hintergrund wollen wir bis Anfang 2026 mindestens zweimal im Jahr ein Briefing zur brasilianischen Umwelt- und Klimapolitik veröffentlichen.

Das erste hier vorliegende Briefing liefert einen Überblick über Erfolge und Herausforderungen des ersten Jahres der Lula Regierung.

Weitere Themen:

- Das Recht auf Land im Fokus: Regenwaldschutz und die Rolle der indigenen Völker und traditionellen Gemeinschaften
- „Naturbasierte Lösungen“: Schlaglichter auf internationale Instrumente des Klima- und Waldschutzes, Landnutzungskonkurrenzen und Anpassungstrategien an den Klimawandel in Amazonien
- Vor der COP 30: Positionierung der brasilianischen Regierung und Zivilgesellschaft in der internationalen Klimapolitik
- Auswertung der COP30: Endlich auf dem Weg zu mehr Klimagerechtigkeit?
- Bilanz und Perspektiven des Regenwaldschutzes in Brasilien

Die Briefings zur brasilianischen Umwelt- und Klimapolitik sind bisher eine Kooperation zwischen dem FDCL und dem Zentrum für Klimaresilienz der Universität Augsburg.

1. ENTWALDUNG UND BRASILIANISCHE KLIMAZIELE



Von den indigenen Völkern Amazoniens wird die brasilianische Umwelt-Klimapolitik kritisch beobachtet. Hier: Staats- und Regierungschefs aus acht Amazonasländern kamen Anfang August 2023 in Belém, Brasilien, zusammen, um über den Schutz des Regenwaldes zu diskutieren, während sich parallel dazu 30.000 Menschen aus dem Amazonasgebiet zusammenfanden.
Foto: Palácio do Planalto, CC BY-ND

1.1. Entwaldung in Amazonien deutlich reduziert - aber Anstieg im Cerrado

Der größte und international stark beachtete Erfolg des ersten Jahres der Regierung Lula ist ohne Zweifel die deutliche Reduzierung der Entwaldung im Amazonasgebiet. Die Entwaldungsrate sank innerhalb eines Jahres um 22,3% von 11.954 km² auf 9.001 km². Dieser schnelle Erfolg ist in erster Linie den wieder verstärkten Aktionen der Umweltbehörde Ibama zu verdanken. 104% mehr Strafen als im Vorjahr wurden verhängt. Als eine besonders wirksame Vorgehensweise gilt die Zerstörung der Maschinen und Werkzeuge von Entwaldern, die auf frischer Tat ertappt werden. Auch diese Interventionen stiegen deutlich (um 41%) an. Zudem wurde die Beschlagnahmung von Vieh auf illegal entwaldeten Weideflächen wieder aufgenommen.¹

Diese ersten Erfolge zeigen, dass die Reduzierung von Entwaldung möglich ist, wenn ein klarer politischer Wille vorhanden ist und effektive Kontrollen verstärkt werden. Aber die Erfolge haben sich bisher nur im Amazonasgebiet gezeigt. Im Cerrado ist die Entwaldung hingegen gestiegen. Der Cerrado ist das zweitgrößte Ökosystem Brasiliens; dabei handelt es sich um eine baumreiche Savannenlandschaft mit großer Biodiversität und zentraler Bedeutung für die Quellen großer Flüsse. Hier wurde im Zeitraum von Juli 2022 bis August 2023 auf einer Fläche von 11.011 km² die natürliche Vegetation zerstört – ein Anstieg von 3% gegenüber dem Vorjahr.²

Der Cerrado ist die Region, in der sich der Sojaanbau zurzeit ausdehnt. Eine Studie der Deutschen Umwelthilfe aus dem 2023 zeigt, dass auch deutsche Unternehmen Soja aus dieser Region beziehen.³ Seit 2010 ist Brasilien der größte Sojaproduzent der Welt. Eine Studie des brasilianischen Landwirtschaftsministeriums geht davon aus, dass sich die Anbaufläche von Soja auch in den kommenden Jahren um 24% ausdehnen wird – von 41 Millionen Hektar im Jahre 2022 auf 51 Millionen Hektar im Jahre 2032. Auch andere Monokulturen sollen wachsen: Flächen für den Anbau von Mais um drei Millionen Hektar und Zuckerrohr um 962.000 Hektar.⁴ Zum Vergleich: die landwirtschaftliche Fläche Deutschlands lag im Jahr 2023 bei 16,5 Millionen Hektar.

Die Expansion von Monokulturen wird auch in den nächsten Jahren ein zentrales Konfliktfeld bleiben – und ein großer Teil dieser Konflikte werden sich außerhalb des Amazonasgebietes abspielen. Und hier wird es der Regierung Lula deutlich schwerer fallen, effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Umweltzerstörung durchzusetzen. Denn die Ausdehnung von Soja, Mais und Zuckerrohr wird von einem modernen, hocheffizienten und politisch einflussreichen Agrobusiness betrieben, das zudem entscheidenden Anteil an den brasilianischen Exporten hat. In Amazonien hingegen sind *Landgrabbing* und eine weitgehend extensive Viehwirtschaft die Haupttreiber der Entwaldung. Beide Faktoren sind für die nationale ökonomische Zukunft nicht entscheidend. Allerdings werden sie von lokalen und regionalen Eliten gestützt.

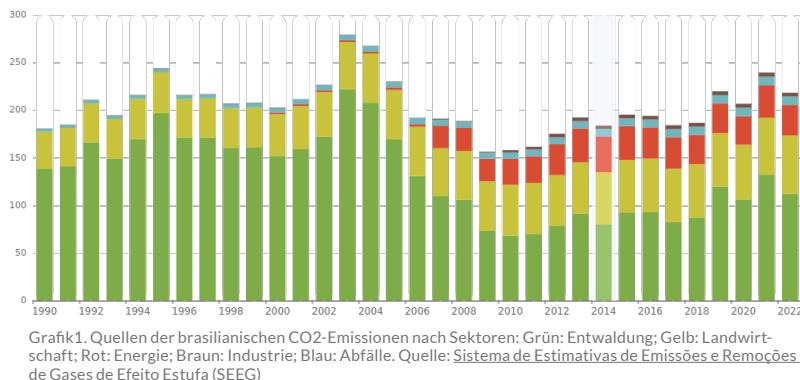
1 https://www.oc.eco.br/queda-no-desmate-e-trunfo-para-lula-as-vesperas-da-cop28/

2 https://g1.globo.com/meio-ambiente/noticia/2023/11/28/desmatamento-no-cerrado-sobe-3percent-e-alcanca-11-mil-km-aumento-oocorre-pela-quarta-temporada-consecutiva.ghml

3 https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/entwaldung-verlagert-sich-von-amazonien-in-brasilianische-savanne-neue-recherche-der-deutschen-umwe/

4 https://www.cnnbrasil.com.br/economia/area-de-soja-deve-crescer-dez-anos/

Die nachstehende Grafik 1 zeigt die große Abhängigkeit der brasilianischen Klimaziele von der Reduzierung von Entwaldung. Etwa die Hälfte der brasilianischen CO2-Emissionen stammt aus Entwaldung. Auch die Landwirtschaft und dabei insbesondere die Viehzucht hat einen erheblichen Anteil an den brasilianischen CO2-Emissionen.



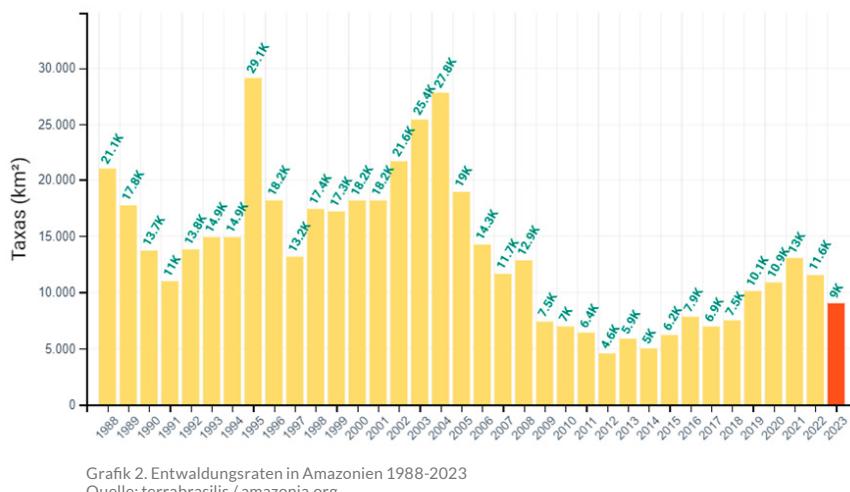
1.2. Reform der brasilianischen Klimaziele (NDCs)

„Das Pariser Abkommen basiert auf national festgelegten Beiträgen (Nationally Determined Contributions, kurz NDCs) zum Klimaschutz, mit denen die einzelnen Länder ihre Treibhausgasemissionen reduzieren wollen.“⁵

Im Dezember 2023 hat die Regierung Lula die brasilianischen Klimaziele im Kontext des Pariser Abkommens (COP21 von 2015) neu formuliert. Unter der Regierung Bolsonaro waren diese in einem undurchsichtigen Vorgehen verwässert worden. Nun gibt es wieder transparente Vorgaben: Bis 2025 soll eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen von 48% gegenüber dem Basisjahr 2005 erreicht werden, bis 2030 eine Reduzierung um 53%. Brasilien hat damit seinen Anspruch bestätigt, eine reale Reduzierung der CO2-Emissionen zu erreichen und nicht nur eine Minderung des Anstiegs (Abweichung von einem *Business As Usual* -- BAU-Szenario), wie viele Länder des globalen Südens es vorschlagen. So sehen etwa die NDC von Indien ein Steigerung der CO2-Emissionen von 103% im Jahre 2030 gegenüber 2010 vor. Die neuen brasilianischen NDCs sind eine Verschärfung gegenüber den ursprünglichen Zielen von 2015, die eine Reduzierung um 37% bis 2025 und 43% bis 2030 vorschlugen. Die brasilianische Regierung sieht daher ihre Klimaziele als eine der ambitioniertesten der Welt.⁶

Allerdings sollen sie praktisch ausschließlich durch die Reduzierung von Entwaldung erreicht werden. Schaut man sich die historische Entwicklung der Entwaldung an (siehe Grafik 2), dann relativieren sich jedoch die Ambitionen der brasilianischen Klimaziele. Denn das Basisjahr 2005 war ein Jahr hoher Entwaldungsraten. Es steht am Anfang einer beeindruckenden Reduzierung von Entwaldung, die 2012 ihren besten Wert erreichte. Dann erfolgte wieder ein deutlicher Anstieg, insbesondere in den Jahren der Regierung Bolsonaros.

Das brasilianische Observatório de Clima, ein Zusammenschluss von brasilianischen NGOs, geht davon aus, dass Brasilien die Entwaldung auf 6000km² reduzieren muss, um seine Klimaziele zu erreichen. Man muss also zu den Werten zurückkehren, die zwischen 2011 und 2015 bereits erreicht worden waren⁷. Angesichts der positiven Erfahrungen mit der Reduzierung von Entwaldung in der Vergangenheit, ist das Ziel durchaus realistisch, auch wenn es paradox ist, dass man zu einem Zustand zurückkommen muss, der in Vergangenheit bereits erreicht war.



⁵ <https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/8232>

⁶ Hier finden sich die brasilianischen NDCs:
<https://unfccc.int/sites/default/files/NDC/2023-11/Brazil%20First%20NDC%202023%20adjustment.pdf>

⁷ https://www.oceco.br/wp-content/uploads/2023/10/Nota-Técnica_-O-Brasil-conseguira-cumprir-sua-nova-velha-NDC-em-2025_v.final-capa.pdf. Das Dokument bietet eine detaillierte Analyse der brasilianischen NDCs

2. UMWELT- UND KLIMAPOLITIK IN BRASILIEN: PERSONELLE UND INSTITUTIONELLE ÄNDERUNGEN



Der brasilianische Präsident Lula da Silva (rechts) begrüßt seine Umweltministerin Marina Silva (Mitte) und Rodrigo Pacheco (links), Präsident des brasilianischen Kongresses, auf der COP28 in Dubai. Nachdem Lula seit seiner Rückkehr an die Macht Fortschritte bei der Eindämmung der Entwaldung erzielt hat, wurde er auf dem Gipfel für seine Ankündigungen zum Thema Öl kritisiert.
Foto: Ricardo Stuckert / Palácio do Planalto, CC BY-ND

2.1. Marina Silva als Umweltministerin

Die Ernennung von Marina Silva zur Umweltministerin war die wichtigste und keineswegs selbstverständliche Personalentscheidung im Bereich Umwelt- und Klimapolitik. Sie war schon in der ersten Regierung Lula Umweltministerin, aber 2006 kam es zu einem Zerwürfnis zwischen ihr und der Partei Lulas, der PT. Marina verließ Regierung und Partei und kandidierte 2010 für die Grüne Partei Brasiliens gegen die Kandidatin der PT, Dilma Rousseff. Lange Zeit lag sie auf einer aussichtsreichen Position und wurde von der PT scharf und teilweise auch mit fragwürdigen Mitteln angegriffen. Dies führte zu einer großen Verbitterung Marinas.

Daher war die Versöhnung mit Lula und der PT in der Endphase des Wahlkampfes von 2022 durchaus überraschend. Mit der Ernennung Marinas zur Umweltministerin setzte Lula ein deutliches Zeichen, dass die Umweltpolitik einen zentralen Stellenwert in seiner Regierungskoalition einnimmt. Marina ist eine einflussreiche Politikerin, die nicht in Parteidisziplin eingebunden ist. Als einzige Politikerin, die sich für Umwelt und Klimafragen einsetzt, hat sie ein großes politisches Gewicht und eine nationale Ausstrahlung. Zwar hat sie in der Vergangenheit bewiesen, dass sich durchaus bereit ist, Kompromisse zu schließen und auch 'Kröten zu schlucken'. Trotzdem hat sie durchaus Rückgrat bewiesen und immer wieder Positionen der sozialen Bewegungen verteidigt.

2.2. Das neue Klimasekretariat

Während des Wahlkampfes hatte Lula die Schaffung einer Nationalen Autorität für Klimafragen angekündigt, durch die Klimapolitik eine höheren Stellwert in der Regierungskoalition erhalten sollte. Dies ist bis Anfang 2024 nicht geschehen, nicht zuletzt, weil der Kongress gegen Neustrukturierungen in der Regierung votierte und diese damit erschwerte.

Das Umweltministerium heißt nun Ministerium für Umwelt und Klima und ein neues Klimasekretariat wurde eingerichtet. Verantwortliche Staatssekretärin ist Ana Toni, die durch Arbeit bei der Ford Foundation und die Leitung der NGO ICS (*Instituto Clima e Sociedade*) als bestens in der brasilianischen Zivilgesellschaft vernetzt gilt.

2.3. Schaffung des Ministeriums der Indigenen Völker

Die Schaffung des Ministeriums für Indigene Völker (*Ministério dos Povos Indígenas*) ist ein historischer Schritt für Brasilien. Mit Sônia Guajajara wurde eine angesehene indigene Anführerin zur Ministerin ernannt. Sie gehört der PSOL an, einer linken Abspaltung der PT.

Von Anfang an wurde die Etablierung des Ministeriums von Befürchtungen begleitet, dass es sich hier um Symbolpolitik handelt und um ein Ministerium ohne Haushalt. Diese Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Im April 2023 wurden durch einen Sondererlass (*Medida Provisória*) zusätzliche Mittel von 146,4 Millionen Reais für das Ministerium bereitgestellt, um die Demarkation von indigenen Territorien wieder aufzunehmen, die unter der Regierung Bolsonaro blockiert war. Und bereits im Januar wurde ein Ausschreibung

für 502 neue Stellen bei der dem Ministerium unterstellten Behörde für indigene Angelegenheiten, FUNAI (*Fundação Nacional do Índio*), initiiert. Im Haushalt für 2024 sind 744 Millionen Reais für die FUNAI vorgesehen, eine Steigerung von 18% gegenüber 2023. Für die Gesundheitsausgaben (*Saúde Indígena*) sind 2,6 Milliarden Reais im Gesundheitsministerium vorgesehen.⁸

Ein schwerer Rückschlag in der indigenen Agenda war die Billigung des *marco temporal* durch die zwei Kammern des brasilianischen Nationalkongresses. Dabei geht es darum, dass nur die indigene Territorien ein Recht auf Demarkation hätten, die am Tag des Inkrafttretens der brasilianischen Verfassung (5. Oktober 1988) von den betreffenden indigenen Völkern bewohnt worden sind. Dieser Nachweis ist aber nicht immer zu erbringen oder er kann angezweifelt werden, so dass eine große Rechtsunsicherheit und sogar die Rücknahme von Demarkierungen zu befürchten ist. Im Dezember 2023 hatte der Kongress mehrere Vatos Lulas überstimmt. Die letzte Hoffnung sind nun zwei Verfassungsklagen, eine davon mit direkter Unterstützung des Dachverbandes der Indigenen Völker APIB.⁹

Die Ernennung von Sônia Guajajara zur Ministerin hat große internationale Aufmerksamkeit erregt und die Hoffnungen bestärkt, dass es der Regierung Lula ernst ist mit dem Schutz der Rechte der indigenen Völker und der Erhaltung des Amazonasregenwaldes. Aber überstiegene Erwartungen, wie sie der „Spiegel“ formuliert hat, sind da alles anders als hilfreich: „Von Guajarara wird nicht nur erwartet, dass sie die Kulturen von rund 300 Völkern rettet, sondern im Grunde den Planeten.“¹⁰ Nein, da müssen schon die Verantwortlichen für die globale Umwelt- und Klimakrise zur Rechenschaft gezogen werden.

2.4. Wiederbelebung des Amazonasfonds

Der Fundo Amazonas gilt weltweit als der wichtigste Fonds zur Erhaltung des Regenwaldes. Verwaltet wird der Fonds durch die brasilianische Entwicklungsbank BNDES. Der Fonds wurde 2008 aufgrund einer Zusage der Regierung von Norwegen für eine Unterstützung von 1 Milliarde US\$ eingerichtet. Die Finanzierungszusage war an die nachweisliche Reduzierung von Entwaldung gebunden, es handelt sich also um ein *result based payment*, das aber nicht über einen CO2 Handel finanziert wird, sondern durch internationale Geldgeber. Durch die deutliche Reduzierung der Entwaldung zwischen 2005 und 2012 hat Brasilien die Voraussetzung für die Finanzierung erfüllt.

Im Jahre 2019 blockierte die Regierung Bolsonaro den Fonds für neue Projekte, bereits bewilligte und laufende Projekte wurden aber weitergeführt. Zu einer der ersten Maßnahmen der Regierung Lula gehörte die Wiederbelebung des Fonds. Seit 2009 hat der Fonds 3,5 Milliarden Reais erhalten, der mit

Abstand größte Anteil stammt aus Norwegen (3,1 Milliarden). Die deutsche Regierung hat den Fonds insgesamt mit 74,92 Millionen Euro unterstützt. Dazu zählen auch 20 Millionen Euro, die im Jahre 2023 in den Fonds flossen. Etwa 0,5 der ursprünglichen Mittel des Fonds stammen von dem halb staatlichen brasilianischen Energiekonzern Petrobras.

Weitere Zusagen kamen nach dem Wahlsieg von Lula 2020: 500 Millionen US\$ von den USA; 80 Millionen von Großbritannien, 20 Millionen Euro von der EU und 5 CHF Millionen von der Schweiz. Diese Gelder sind bisher nicht internalisiert. Nach Angaben der Regierung sind seit dem Wahlsieg von Lula Zusagen von 3,9 Milliarden Reais erfolgt.¹¹ Der Amazonasfonds verfügt also über ausreichende Gelder für die nächsten Jahre, zumal die Förderrichtlinien und die personelle Ausstattung einer raschen Abwicklung zusätzlicher Mittel Grenzen setzen. Die bundesdeutsche GIZ unterstützt den Amazonasfonds zusätzlich zu den Mitteln der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) durch eine technische Zusammenarbeit. Im Jahre 2023 sind die Förderrichtlinien überarbeitet und folgende Themen als neue Schwerpunkte definiert worden: Förderung von traditionellen Völkern und Gemeinschaften sowie der bäuerlichen Landwirtschaft; Regulierung von Landrechtsfrage insbesondere in Gebieten ohne Privatbesitz (*florestas públicas*).

Ob damit der Fonds für Basisorganisationen und indigene Gemeinschaften zugänglicher wird, muss abgewartet werden. In der Vergangenheit ist häufig kritisiert worden, dass hohe bürokratische Hürden den Zugang diese Gruppen zu den Finanzmitteln des Fonds unmöglich macht.

⁸ <https://inexc.org.br/orcamento-da-uniao-em-2024-cresce-em-areas-sociais-e-volta-a-contemplar-igualdade-racial-e-habitacao/>

⁹ https://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/dossiers/indigene-und-landrechte-1/dossier-januar-2024_final.pdf

¹⁰ <https://www.spiegel.de/ausland/indigene-in-brasilien-die-hueterin-der-waelder-a-a2971916-cde6-4739-b289-594b5d25719c>

¹¹ Die Angaben zu den Finanzmitteln des Fonds sind oft unübersichtlich oder sogar verwirrend. Dies liegt zum einen daran, dass die Finanzzusagen in der Regel in der Währung des Geberlandes gemacht werden, der Fonds aber nach der Internationalisierung der Gelder in Reais rechnet. Zum andern werden oft Finanzzusagen und internalisierte Gelder nicht klar unterscheiden. Der stark schwankende Wechselkurs trägt zusätzlich zur Unübersichtlichkeit bei. So sind die ersten Beiträge zu einem Wechselkurs von ein Euro zu 3,5 Reais internalisiert worden, heute beträgt der Wechselkurs etwa 2 Euro zu 5,3 Reais. Alle Angaben zu den Finanzmitteln des Fonds:
<https://www.fundoamazonia.gov.br/pt/transparencia/doacoes/>
Zu den neuen Zusagen: <https://www.bnDES.gov.br/wps/portal/site/home/imprensa/noticias/conteudo/fundo-amazonia-recebe-doacoes-de-suica-e-eua>

2024 ist auch Japan der Gruppe der Geberländer beigetreten, wenn auch mit dem bescheiden Beitrag von 14 Millionen Reais: <https://agenciagov.ebc.com.br/noticias/202402/japao-anuncia-doacao-para-o-fundo-amazonia>

Hier findet sich auch die Zahl über die Summe der neuen Zusagen.

3. NEUE VERSIONEN DER PROGRAMME ZUR REDUZIERUNG VON ENTWALDUNG



Belém, August 2023: Die brasilianische Ministerin für indigene Völker, Sonia Guajajara, nahm sowohl an den Amazonas-Dialogen als auch am Amazonas-Gipfel teil. Im Januar war ihre ethnische Gruppe im Bundesstaat Maranhão fünf bewaffneten Angriffen ausgesetzt, bei denen drei Menschen starben. Foto: Palácio do Planalto, CC BY-ND

3.1. PPCDAM

Entscheidend für die Erfolge bei der Reduzierung von Entwaldung ist die Umsetzung des neuen „Nationalen Aktionsplans zur Vorbeugung und Kontrolle der Entwaldung“ (*Plano de Ação para Prevenção e Controle do Desmatamento na Amazônia Legal - PPCDAM*). Die vorherige Version des PPCDAM ist 2004 initiiert worden, auch damals war Lula der Präsident und Marina Umweltministerin. Mit dem PPCDAM begann die eindrucksvolle Reduzierung der Entwaldung, die bis heute als die wichtigste globale Erfolgsgeschichte im Kampf gegen Entwaldung gilt.

Der neu PPCDAM ist in vier Achsen gegliedert:

1. Förderung von nachhaltige Wirtschaft in Amazonien: Bioökonomie; Nachhaltige Waldbewirtschaftung; Wiederherstellung von degradierten Flächen.
2. Monitoring und Umweltkontrolle: Umweltstrafen effizient umsetzen; Verbesserung des Monitoring; Zerstörung im Vorfeld bekämpfen
3. Regulierung von Landrechten: Schutz von öffentlichem Land ohne Bestimmung; Verbesserung der Verwaltung bestehender Schutzgebiete; Verbesserung des Umweltkatasters CAR (*Cadastro Ambiental Rural*)
4. Neue Instrumente zur Regulierung und zur Schaffung ökonomischer Anreize

Es ist klar, dass rasche Resultate bei der Reduzierung von Entwaldung fundamental für die erfolgreiche Umsetzung des PPCDAM sind. Aber der neue PPCDAM betont deutlicher die Bedeutung ökonomischer Alternativen. Symptomatisch ist dabei der große Stellenwert der Bioökonomie. Dazu Paulo Capobianco, Staatssekretär im Umweltministerium: „Der Plan von 2023 hat einen ganz starken Fokus auf nachhaltige, produktive Alternativen und ökonomische Instrumente für die Transition von einer zerstörerischen auf eine nachhaltige Wirtschaft.“¹²

Neu ist auch der Fokus auf das öffentliche Land ohne Bestimmung bzw. ohne geklärte Eigentumsverhältnisse. Hier handelt es sich um große Gebiete in Amazonien, die in den letzten Jahren Schauplatz von Landnahme und Entwaldung geworden sind. Von der brasilianischen Zivilgesellschaft ist der neue PPCDAM positiv aufgenommen worden.

3.2. PPCerrado

Der neue PPCerrado wurde erst im November 2023 vorgestellt. Formell geht es auch hier um die Neuauflage eines bereits bestehenden Planes, der 2010 beginnen sollte, aber anders als der PPCDAM kaum Wirkung zeigte und dann in den Wirren der Amtsenthebung der Präsidentin Dilma Rousseff aus dem politischen Fokus verschwand.¹³

Auch der neue PPCerrado ist in vier Achsen gegliedert:

1. Förderung der nachhaltigen Viehwirtschaft und nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion verbunden mit einer Reduzierung des Drucks

¹² Weitergehende Informationen zum PPCDAM hier: <https://infoamazonia.org/2023/04/14/novo-ppcdam/>

¹³ Alle Angaben zum PPCerrado: https://www.gov.br/mma/pt-br/assuntos/combate-ao-desmatamento/ppcerrado/ppcerrado_4fase.pdf

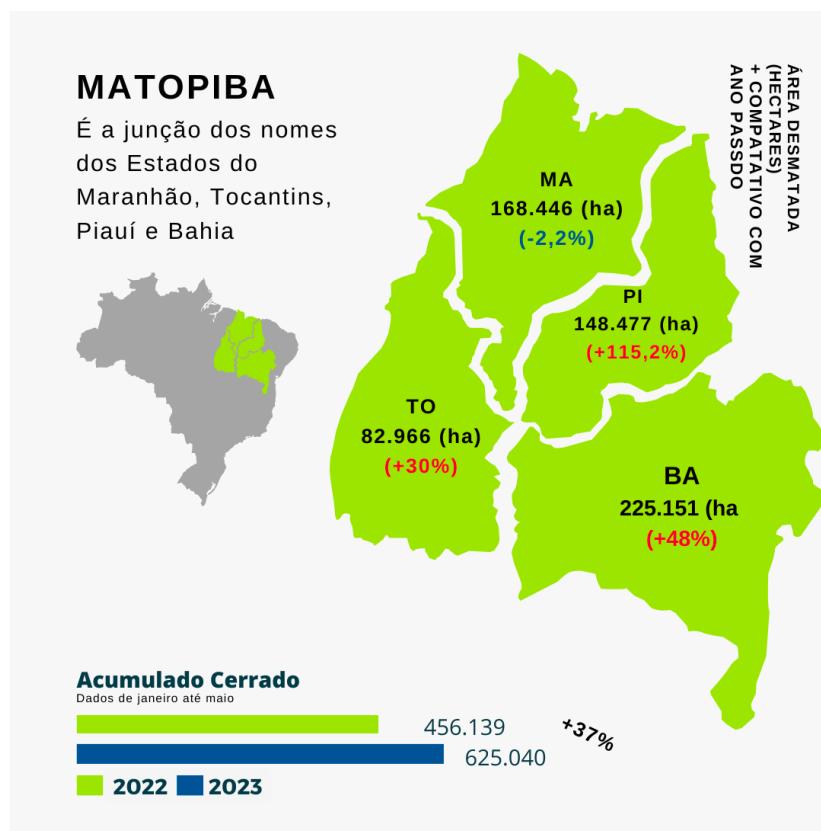
auf Gebiete mit hoher Entwaldung; Stärkung der familiären Landwirtschaft und ihres Zugangs zu Markt sowie politischer Unterstützung.

2. Implementierung eines Systems der Nachverfolgung von agrarischen Produkten; Verstärkung des Monitoring und der Kontrolle von Feuerherden; Verbesserung von Methoden, um legale von illegale Entwaldung zu unterscheiden.

3. Planung der Landnutzung: Regulierung von indigenen Territorien und den Territorien der *Quilombolas*¹⁴ und traditionellen Gemeinschaften; Überarbeitung der ökologisch-ökonomischen Zonierung der Bundesstaaten des Cerrado; Verbesserung der Implementierung vorhandener Mechanismen, insbesondere der *Reserva Legal*¹⁵

4. Schaffung von Regulierungen für Bioökonomie und Produkte der Sozio-Biodiversität; Stärkung von Kreditprogrammen für kleinbäuerliche Landwirtschaft; Finanzierung zur Wiederherstellung degraderter Flächen; Einrichtung eines *Fundo Biomas*, der die Finanzierung von Maßnahmen zur Erhaltung des Cerrado und anderer Ökosystem ermöglichen soll. Dies ist eine Ergänzung zum bestehenden Amazonasfonds.

Der Veröffentlichung des Plans PPCerrado im November 2023 ist ein Konsultationsprozess mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft vorausgegangen. Aber anders als beim PPCDAm zu Amazonien sind Teile der Zivilgesellschaft mit dem Resultat unzufrieden. Grund dafür ist ein entscheidender Unterschied zwischen den beiden Ökosystemen. Im Biom Amazonas sind im Prinzip 80% der privaten Flächen geschützt. Ein Landbesitzer darf nur 20% seiner Fläche legal abholzen. Im Cerrado sind lediglich 20% geschützt - oder 35% wenn sich das Land in der Region „Amazônia Legal“ befindet, die weit größer ist als das Biom Amazonen. Im Cerrado ist also nicht primär die illegale, sondern die legale Entwaldung das Problem, und diese muss angegangen werden, wenn man die Entwaldung wirklich reduzieren und nicht nur begrenzen will. Dies ist aber notwendig, wenn das Ziel, die Entwaldung bis 2030 auf Null zu reduzieren, wirklich erreicht werden soll. Gerade aber an diesem Punkt ist der PPCerrado schwach. Margareth Maia vom Instituto Mão da Terra Imaterra führt dazu aus: „Ich glaube es fehlt an ehrgeizigeren Maßnahmen, wie ein sofortiger Stop von Abholzungen in kritischen Regionen und die Rücknahme von bereits erteilten Erlaubnissen zur Abholzung in der Matopiba¹⁶ Region.“¹⁷ (siehe Grafik 3).



Grafik 3. Die Prozentzahlen zeigen den Anstieg der Entwaldung von 2022 auf 2023 an.
Quelle: amigosdaterra.org.br

¹⁴ Gemeinschaften, die von Versklaven gegründet wurden und deren territoriale Rechte durch die brasilianische Verfassung garantiert sind.

¹⁵ Die *Reserva Legal* bezeichnet die Fläche, die ein Grundbesitzer nicht abholzen oder umwandeln darf. Im amazonischen Regenwald beträgt sie 80%, im Cerrado nur 20% oder 35% wenn das Gebiet innerhalb der Region Amazonia Legal liegt.

¹⁶ Das Akronym Matopiba ist aus den ersten Buchstaben der Bundesstaaten Maranhão, Tocantin, Piauí und Bahia gebildet. Es ist die wichtigste Region für die Expansion des Sojaanbaus in Brasilien.

¹⁷ <https://oeco.org.br/noticias/ppcerrado-es-corregra-em-proposta-contra-desmate-autorizado/>

4. WIDERSPRÜCHE IN DER BRASILIANISCHEN UMWELT- UND KLIMAPOLITIK



Belém, August 2023: Brasilien als Gastgeber: Treffen der Staats- und Regierungschefs der Unterzeichnerstaaten des Amazonas-Kooperationsvertrags
Foto: Palácio do Planalto, CC BY-ND

4.1. Öl und Gas

Die brasilianische Regierung hat noch andere positive Meldungen für 2023 präsentiert: Die Förderung von Öl erreichte mit 3,4 Millionen Fässern eine neue Rekordhöhe – eine Steigerung von 12,57%. Und auch die Förderung von Gas stieg um 11,69% im Vergleich zu 2022.¹⁸

„Brasilien kann nicht zur gleichen Zeit eine Führungsposition in der sauberen Energie einnehmen und ein Ölstaat sein“, erklärte Suely Araújo vom *Observatório do Clima*.¹⁹ Aber genau das will offensichtlich die politische Führung Brasiliens. Diese zwei Gesichter des Landes wurden auf der COP 28 sehr deutlich. Auf der einen Seite konnte Lula die Erfolge bei der Reduzierung von Entwaldung verkünden, auf der anderen Seite gewann Brasilien mit seiner Ankündigung, in die OPEC+ einzutreten zu wollen, am 4. November den traurigen Ehrenpreis des „Fossils of the Day“. Der brasilianische Energieminister Alexandre Silveira hingegen bezeichnete die Aufnahme Brasiliens in den Kreis der Ölexportierenden Länder als einen Segen und triumphierte, Brasilien habe sich nicht in die Umweltzwangsjacke der europäischen Regierungen stecken lassen.²⁰

Aber die Kritik an der expansiven Erdöl- und Gaspolitik ist kein Steckenpferd arroganter Europäer, sondern einer der wichtigsten sozio-ökologischen Konflikte in Brasilien und Süd-

amerika. Auf einem Treffen der Amazonasstaaten im August 2023 unterstützte die brasilianische Regierung nicht die Forderung von Kolumbiens Präsident Gustavo Petro nach einem Moratorium für neue Ölförderungen in Amazonien. Hintergrund ist die Erschließung von Ölvorhaben im brasilianischen Amazonasgebiet (siehe Grafik 4). Und nur einen Tag nach dem Abschluss der COP 28, am 13. Dezember vergangenen Jahres, versteigerte die Regierung die Lizenz für 602 neue Erdölfelder, 21 davon im Amazonasgebiet. Ein Protest von 160 Organisationen der brasilianischen Zivilgesellschaft konnte dies nicht verhindern.²¹

Bei dieser Versteigerung ging es um kleinere Vorkommen. Enormes Konfliktpotential zeigt schon jetzt das Vorhaben des staatlichen Erdölkonzerns Petrobras, eine Erschließung großer Ölfelder in der Amazonasmündung aufzunehmen (siehe Grafik 5). Die Regierung ist in dieser Frage gespalten. Während das Energieministerium und Petrobras die Erschließung befürworten, hat das Umweltministerium Einspruch erhoben. Der Konflikt um das Öl am Amazonas zeigt auch, dass die Konfliktlinien quer durch die Regierung gehen. Der von Lula eingesetzte Präsident der Petrobras, Jean Paul Prates, war vor seiner Ernennung Senator für die PT und hat das wichtige Amt als enger Vertrauter Lulas gewonnen. Zur Zeit ist völlig offen, wie dieser Konflikt ausgeht.²²

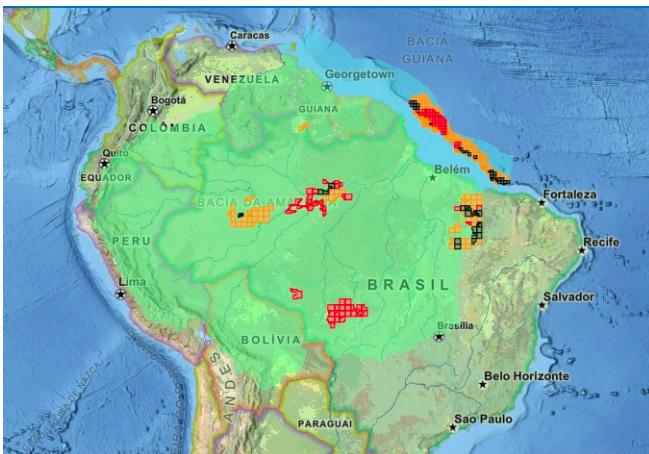
¹⁸ <https://www.infomoney.com.br/mercados/producao-de-petroleo-do-brasil-bate-recorde-em-2023-com-34-mi-de-barris-por-dia/>

¹⁹ <https://www.cartacapital.com.br/politica/brasil-vive-paradoxo-de-ser-potencia-ambiental-e-petroleira-sob-governo-lula/>

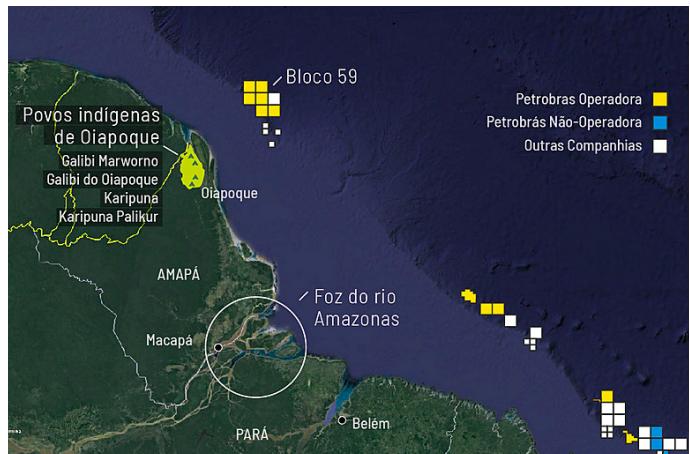
²⁰ <https://www1.folha.uol.com.br/ambiente/2023/12/entrada-do-brasil-na-opec-em-meio-a-cop28-foi-uma-bencao-diz-ministro-de-minas-e-energia.shtml>

²¹ <https://oeco.org.br/reportagens/em-leilao-do-fim-do-mundo-petroliferas-arrematam-blocos-que-ameacam-areas-protegidas/>

²² <https://oeco.org.br/reportagens/em-leilao-do-fim-do-mundo-petroliferas-arrematam-blocos-que-ameacam-areas-protegidas/>



Grafik 4. Die Karte zeigt die identifizierten Erdöl- und Gasfelder im brasilianischen Amazonasgebiet. Die bereits unter Vertrag stehende Felder (Anzahl 52) sind dunkelgrau gekennzeichnet. Rot: Bereit zur Versteigerung Orange: in der Phase der Vorstudien.
Quelle: [infoamazonia / Instituto Aravara](#)



Grafik 5. Geplante Erdölfelder im Bereich der Amazonasmündung (Foz do Rio Amazonas). Die Karte zeigt auch ein geplantes Erdölfeld in der unmittelbaren Umgebung des indigenen Volkes der Oiapoque im Bundesstaat Amapá. Die brasilianische Umweltbehörde hat Widerspruch gegen die Förderung eingelegt, der Ausgang des Verfahrens ist offen.
Quelle: [brasildefato](#)

4.2 CO2-Handel

Wälder und damit Amazonien spielen eine große Rolle in der Debatte um den internationalen CO2-Handel. Umstritten ist dabei vor allem die Finanzierung durch einen Marktmechanismus, also nicht durch öffentliche Gelder (wie es beim Amazonasfonds der Fall ist). Die Hoffnungen auf einen massiven Geldfluss durch einen internationalen Marktmechanismus haben sich bisher nicht erfüllt. Ein solcher ist im Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens anvisiert. Die Regulierung des Artikels ist bis heute nicht abgeschlossen worden.

In Brasilien halten sich die Hoffnungen, durch den CO2-Handel gewaltige Geldflüsse für Amazonien zu generieren. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Wege: zum einen die Verwandlung von reduzierter oder vermiedener Entwaldung in handelbare CO2-Zertifikate. Bekannt ist dieser Weg durch die Kürzel REDD+ und ist als solcher seit vielen Jahren Bestandteil der internationalen Klimaverhandlungen.²³

In letzter Zeit rückt ein anderer Weg in den Blickpunkt: CO2-Zertifikate, die durch die Absorbierung von CO2 etwa durch Aufforstung generiert werden. Eine Studie der *Climate Policy Initiative* aus dem Jahre 2023 sieht eine Reduktionspotential von 16 Milliarden Tonnen von CO2 durch Restaurierung von entwaldeten Flächen in Amazonien. Selbst bei einem minimalen CO2-Preis von 20 US\$ pro Tonne wäre dies die beachtliche Summe von 32 Milliarden US\$. Das Potential von vermiedener Entwaldung beläuft sich nach derselben Studie auf 32 Milliarden Tonnen CO2.²⁴

Käufer finden sich aber auf dem Markt dafür nur, wenn diese Tonnen in Zertifikate verwandelt werden, die dem Käufer die Emissionen von CO2 erlauben. Diese Kompensation (oder offsets) sind in der internationalen Klimapolitik hoch umstritten. Sie verknüpfen die Finanzierung von Walderhaltung an den Freikauf von Emissionen, in der Regel im globalen Norden. Bekannt ist dieser Mechanismus durch die Kompensation von Emissionen bei Flugreisen, die viele Fluggesellschaften anbieten. Bisher sind solche Kompensationen freiwillig und auf Einzelpersonen oder Firmen beschränkt. In Zukunft sollen aber Kompensationen in Sektoren wie den Flugverkehr verbindlich einbezogen werden.

Die Konsequenzen dieser globalen Debatten sind jetzt schon in Amazonien spürbar. Eine Welle von CO2-Projekten überschwemmt die Region und bei vielen werden Unregelmäßigkeiten und falsche Annahmen aufgedeckt. Wir werden darauf in den folgenden Veröffentlichungen der „Briefings zur brasilianischen Umwelt- und Klimapolitik“ näher eingehen. Wichtig ist es im Auge zu behalten, dass die COP 30 nicht nur die Hoffnung auf eine effektivere globale Klimapolitik nährt, sondern auch die Befürchtungen, dass falsche Lösungen wie die Ausweitung des CO2-Handels hier zum Durchbruch kommen könnten.

In der brasilianischen Zivilgesellschaft ist der CO2-Handel ein äußerst umstrittenes Thema. Während einige große NGOs aber auch lokale Gemeinschaften durch die Aussicht auf finanzielle Hilfen für den Waldschutz angezogen werden kritisieren andere den CO2-Handel, nicht zuletzt weil hier den lokalen Gemeinschaften Bedingen auferlegt werden, die ihre Lebensweise verändern während damit dem globalen Norden ermöglicht wird, seine Lebensweise eben nicht zu verändern.

²³ Siehe dazu diese beiden Publikationen:
<https://www.fdcl.org/publication/2015-12-22-die-vermessene-natur/>
<https://www.fdcl.org/publication/2018-01-01-redd-early-movers/>

²⁴ <https://www.climatepolicyinitiative.org/pt-br/publication/carbono-e-o-destino-da-amazonia/>

5. SCHLUSSBEMERKUNG



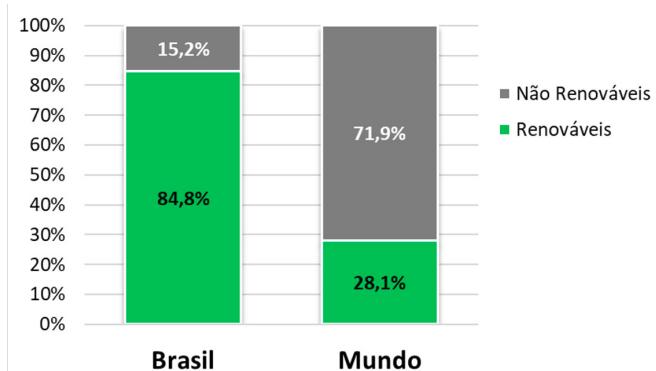
Der brasilianische Präsident Lula während der Verhandlungen auf dem Amazonas-Gipfel. In der Erklärung von Belém werden die Industrieländer aufgefordert, ihre Zusage zur jährlichen Klimafinanzierung in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar einzuhalten, doch eine Verpflichtung zur Nullabholzung im Amazonasgebiet wurde nicht erwähnt.

Foto: Cristian Garavito / Presidencia de Colômbia, CCO

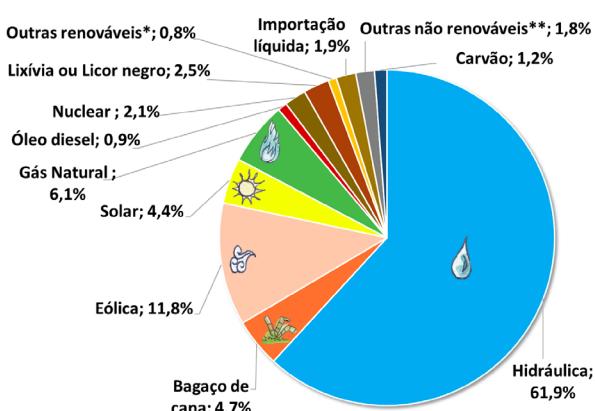
Die brasilianische Klimapolitik ist durch eine grundlegenden Widerspruch gekennzeichnet. Zum einen wird durch die Bekämpfung von Entwaldung eine effektive Reduzierung der brasilianischen CO₂-Emissionen und damit eine Erreichung der NDCs möglich und realistisch, zum andern aber gibt es keine politische Strategie, die eine umfassende Transition zu einer Dekarbonisierung der Wirtschaft ins Auge fasst. Dieser Widerspruch korrespondiert mit den Tendenzen der globalen Klimapolitik, die durch ein Anwachsen der erneuerbaren Energie bei gleichzeitiger Steigerung der Förderung von Gas und Öl geprägt ist.

Die Besonderheit Brasiliens liegt in dem hohen Anteil von Entwaldung an den nationalen Emissionen und dem überdurchschnittlich hohen Anteil von erneuerbaren Energien an der nationalen Energiebilanz (siehe Grafik 6 und 7). Etwa 85 % der elektrischen Energie beruhen auf erneuerbaren Quellen. Eine große Rolle spielt dabei die Wasserkraft 62% sowie die Biomasse mit 8%, der Anteil der Windenergie ist auf 12 gestiegen. (Alle Angaben für das Jahr 2022).²⁵

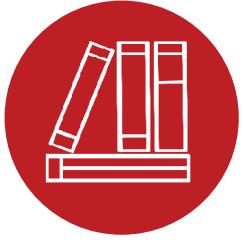
Es sind genau diese Besonderheiten, die es der brasilianischen Regierung ermöglicht, sich international als Vorreiter der Klimapolitik zu präsentieren und gleichzeitig die Förderung von Öl und Gas auszubauen.



Grafik 6. Die Grafik zeigt den hohen Anteil der erneuerbaren Energie am brasilianischen Strommix im internationale Vergleich (Mundo = Welt). Dies spielt eine wichtige Rolle in der Selbstdarstellung der Regierung. Quelle: Empresa de Pesquisa Energética



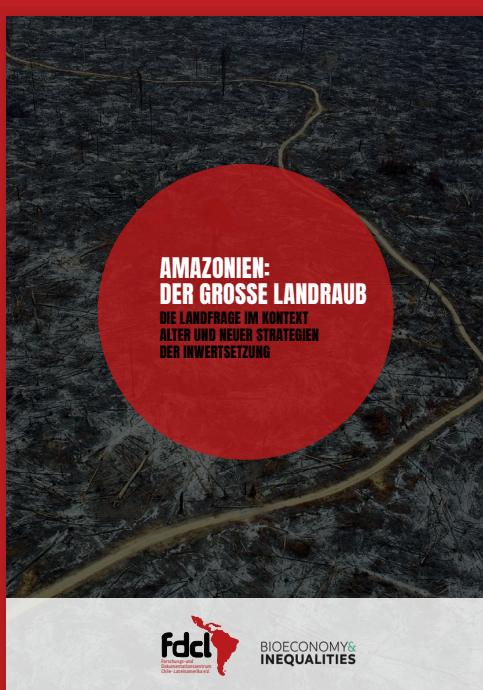
Grafik 7. Der hoher Anteil der erneuerbaren Energien beruht vor allem auf der Wasserkraft (Blau). Eine brasilianische Besonderheit ist der beachtliche Anteil (4,7%) der Reste des Zuckerrohrs als Energiequelle. Kohle, Öl und Gas haben zusammen nur ein Anteil von 8,2% am Strommix, ein Wert, von dem Europa nur träumen kann.
Quelle: Empresa de Pesquisa Energética



WEITERE INFORMATIONEN UND PUBLIKATIONEN



im internet unter
www.fdcl.org



Herausgegeben von:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. - FDCL
Gneisenaustraße 2a, D-10961 Berlin
Fon: +49 30 693 40 29 | E-Mail: info@fdcl.org
Internet: www.fdcl.org

Zentrum für Klimaresilienz (ZfK) der Universität Augsburg
Universitätsstraße 12, 86159 Augsburg
Internet: <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/zentrum-fur-klimaresilienz/>

Letzte Hoffnung Belém?
„FDCL-Briefing 1“ zur brasilianischen Umwelt- und Klimapolitik

FDCL-Verlag | Berlin, 2024 | ISBN: 978-3-949237-10-2

